



17.01.2024

## **Auf der Suche nach Genderzeichen:**

### **Die Hamburger Volksinitiative „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ und die Verwendung von Genderzeichen auf der Webseite der Stadt Hamburg**

von *Carolin Müller-Spitzer, Samira Ochs und Jan Oliver Rüdiger*

Das Thema genderinklusive Sprache ist mittlerweile nicht nur Gegenstand regelmäßiger Umfragen, Presseartikel oder Talksendungen, sondern auch von Volksinitiativen. In Baden-Württemberg beispielsweise veranstaltet Klaus Hekking, Initiator des Volksbegehrens *Stoppt Gendern in Baden-Württemberg, eine Radtour gegen Gendern*, um Unterschriften zu sammeln (die Initiative wurde allerdings vom Innenministerium gestoppt). Auch in Hamburg lief 2023 eine Volksinitiative namens „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“, die vom „Verein Deutsche Sprache“ initiiert und von der Hamburger CDU unterstützt wurde. Die Initiative hat fast 17.000 Unterschriften gesammelt und überregionale mediale Aufmerksamkeit bekommen.

Die Begründungen für die Hamburger Volksinitiative, die sich auf den Unterschriftenzetteln finden, sind aus gendertheoretischer Perspektive höchst fragwürdig. So wird beispielsweise behauptet, dass genderinklusive Sprache die Menschenwürde verletze, weil sie die Menschen nicht als „ganze Persönlichkeiten“ sehen lasse (vgl. dagegen zu einer juristischen Einschätzung Lischewski 2023 sowie zur Frage der Ansprache nicht-binärer Personen Löhr 2021). Auch linguistisch sind die Begründungen mehr als wirr, da z. B. behauptet wird, genderinklusive Sprache würde „durchgängig das generische Maskulinum durch weiblich markierte Formen wie *Gläubigerin* ersetzen“, „um eine geschlechtsübergreifende Bedeutung vorzutäuschen, die in dem Fall nur das generische Maskulinum bietet“ (für eine sachliche Einordnung vgl. Diewald 2018; oder Feilke 2023). Diese zweifelsohne wichtigen Aspekte sollen hier aber nicht der Schwerpunkt sein. Unser Ausgangspunkt ist, dass in dieser Volksinitiative der Eindruck erweckt wird, die Verwendung genderinklusive Sprache, insbesondere von Genderzeichen wie Genderstern

oder -doppelpunkt, bedeute eine tiefgreifende Veränderung der Sprache, sodass man so formulierte Texte kaum mehr lesen oder verstehen kann. Diese Punkte werden in der Begründung der Initiative explizit aufgelistet.

- „Gendersprache benachteiligt bildungsferne und sprachbehinderte Menschen, also insbesondere Blinde, Gehörlose, Legastheniker und Menschen mit geistiger Behinderung. Gendersprache erschwert die sprachliche Integration von Migranten.“
- „Gendersprache verwischt klares Denken und erschwert die Verständigung.“ [Link]

Die von der Hamburger Volksinitiative angeführten Thesen über genderinklusive Sprache, ihren Gebrauch und die damit verbundenen Konsequenzen für die Praxis werden dabei ohne jeden Rückgriff auf sprachwissenschaftliche Studien behauptet. Dabei gibt es bereits einige Studien zur Verständlichkeit genderinklusive Sprache (vgl. u. a. Pabst/Kollmayer 2023; Friedrich/Heise 2019; Blake/Klimmt 2010), Auseinandersetzungen mit genderinklusive Sprache im Bereich DaF/DaZ (z. B. Peuschel 2022) und auch Empfehlungen zur Vereinbarkeit von genderinklusive Sprache und Barrierefreiheit, wie die der Überwachungsstelle des Bundes für Barrierefreiheit. Statt diese Arbeiten zu rezipieren wird lediglich ein diffuser Umbruch beschworen: Durch die Verwendung genderinklusive Sprache sei die ‚gewohnte‘ Sprache kaum mehr wiederzuerkennen, sie ‚verunstaltet die Sprache in einer ‚unsäglichen‘ Art und Weise‘ (vgl. hier). Daher scheint es uns besonders wichtig, einen deskriptiven und empirischen Gegenpol zu dieser Debatte beizutragen.

Konkret untersuchen wir, wie oft sich in der Kommunikation der Stadt Hamburg tatsächlich Genderzeichen finden lassen und wie plausibel es daher allein von der Vorkommenshäufigkeit ist, dass genderinklusive Formen die Kommunikation erheblich erschweren. Da sich die Hamburger-Initiative primär gegen genderinklusive Sprache mit Genderzeichen richtet, schließen wir hier andere Formen wie z. B. Formulierungen mit Doppelformen (*Bürger und Bürgerinnen*) aus. Auf der Suche nach einer Textgrundlage haben wir uns für die Webseiten der Stadt Hamburg entschieden, weil dies die erste digitale Anlaufstelle sein dürften, über die sich Bürger\*innen über Belange der Stadt informieren.

Zur Datenakquise wurde ein selbst entwickelter Web-Scraper programmiert; die Erhebung fand am 06.03.2023 statt, die Volksinitiative wurde etwa einen Monat davor gestartet. Der Scraper startete auf der Seite *hamburg.de* und besuchte davon ausgehend alle erreichbaren HTML-Seiten innerhalb der Domain (hierbei ist zu beachten, dass nur die erreichbaren Seiten und Texte erfasst werden konnten. Z. B. passwortgeschützte Seiten, nicht über die Seite verlinkte Einzelseiten, Formulare in anderen Formation (z. B. PDF, Word, etc.) konnten daher nicht in das Korpus überführt werden). Die einzelnen Seiten wurden gespeichert, Kopf- und/oder Fußleisten auf der Webseite (sog. Boilerplate-Code) bereinigt (vgl. Barbaresi et al. 2021), aufbereitet, annotiert (vgl. Schmid 2017) und korpuslinguistisch analysiert (vgl. Rüdiger 2023). Das Korpus ist verfügbar unter <http://hdl.handle.net/11372/LRT-5288>. Ausgenommen aus der Analyse wurden nachträglich das Hamburger Branchenbuch, die Seite zum Ticket-Kauf für Veranstaltungen und die Liste der Schiffe im Hamburger-Hafen, weil es sich hierbei a) um sehr veraltete Beiträge oder b) kaum analyserelevantes Material handelt (geprüft über manuelle Stichprobe). Insgesamt umfasst das Analysekorpus 26.558 HTML-

Seiten, mit 11.255.021 Token (Wortformen plus Satzzeichen) und 802.762 Sätze. Ausgedruckt entspräche dies ca. 28.000 DIN A4-Seiten, wenn man 400 Token pro Seite annimmt (reiner Text – ohne Bilder/Formatierung/etc.). Üblich ist die Suche mit *Regulären Ausdrücken*. Wir haben dies in einer Vorstudie erprobt und eine hohe Fehlerquote festgestellt. Hauptursächlich für die Fehlerquote ist unserer Meinung nach die unterschiedliche Tokenisierung. Daher berechnen wir zunächst eine Frequenzliste aller N-Gramme für (N=1-4) und filtern dann diese Liste nach Suffixen mit Genderzeichen. In unseren Analysen finden wir folgende genderinklusive Formen (Tab. 1, jeweils mit einem Beispiel):

<b>Form</b>	<b>Frequenz (absolut)</b>	<b>Frequenz (pro Millionen Wörter)</b>	<b>Maximum (pro Millionen Wörter)</b>	<b>Types</b>	<b>TTR</b>
Genderstern <i>Bürger*innen</i>	2094	186,05	13,68	491	0,23
Binnen-I <i>BürgerInnen</i>	1039	92,31	7,73	437	0,42
Schrägstrich <i>Bürger/innen</i>	554	49,22	2,04	275	0,49
Schrägstrich mit Bindestrich <i>Bürger/-innen</i>	169	15,02	0,98	89	0,53
Unterstrich <i>Bürger_innen</i>	40	3,55	0,18	33	0,83
Klammer <i>Bürger(innen)</i>	19	1,69	0,36	14	0,74
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>3915</b>	<b>347,84</b>	<b>13,68</b>	<b>1339</b>	<b>0,34</b>

Tabelle 1: Häufigkeiten verschiedener Genderzeichen auf den Unterseiten der Stadt Hamburg, nach absteigender Häufigkeit sortiert.

Der Genderstern ist zurzeit die häufigste Form, hat aber eine sehr geringe Type-Token-Ratio (TTR), d. h. die einzelnen Tokens verteilen sich auf wenige Types. Die häufigste Wortform ist *Bürger\*innen* mit 13,68 Token pro Millionen Wörter (ppm), gefolgt von *Besucher\*innen* (11,37 ppm) und *Schüler\*innen* (9,15 ppm). Der Doppelpunkt kommt interessanterweise nicht im Korpus vor, obwohl er in anderen Kontexten den Genderstern eingeholt bzw. bereits überholt hat (vgl. Waldendorf 2023). Wir haben daraufhin explizit noch einmal die Webseite manuell und stichprobenartig durchsucht. Der Doppelpunkt taucht nur sehr selten auf, insbesondere in Formularen, die als PDF zum Download bereitgestellt werden. Da, wie oben beschrieben, diese nicht in die Korpuserhebung eingeflossen sind, sind im Untersuchungskorpus keine Wortformen mit Doppelpunkt zu finden. Insgesamt konnten

Besucher\*innen der Hamburger Stadtwebseite zum Erhebungszeitpunkt (06.03.2023) auf 1.339 unterschiedliche Formen stoßen, die wie in Tab. 1 gezeigt, genderinklusiv formuliert sind. **Bei den laufenden Wörtern kommen auf eine Millionen Wörter in der Summe weniger als 350 Wörter mit Genderzeichen, das entspricht ca. jedem 3000. Wort, wenn man eine Normalverteilung aller Tokens im Korpus annimmt.** Umgerechnet auf Standard DIN A4-Seiten bedeutet das, dass man sieben Seiten blättern müsste, um auf eine Form mit Genderstern, Binnen-I, Schrägstrich, Unterstrich oder Klammer zu stoßen. Dabei verteilen sich die Formen ungleichmäßig auf den Webseiten: Die Unterseiten *Altona* und *Senatsthemen* weisen die höchste Dichte an explizit gegenderten Formen auf, gefolgt von den Seiten der *Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke (BWFGB)*, der *Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB)* und der *Behörde für Kultur und Medien (BKM)*. Auch innerhalb der Unterseiten finden sich Schwerpunkte der Nutzung: Bei Altona entfallen beispielsweise knapp 70% aller Vorkommen auf Pressemitteilungen und Baustelleninfos (u. a. daher die Häufung der Formen *Bürger\*innen* und *Fußgänger\*innen*). Bei den „Senatsthemen“ ist die Verwendung sogar vollständig auf den Koalitionsvertrag beschränkt. Damit sind die Altonaer Pressemitteilungen und der Koalitionsvertrag die Stellen, an denen auf den Hamburger Webseiten die meisten expliziten genderinklusiven Formen anzutreffen sind. Auf allen anderen Seiten ist das Vorkommen marginal.

Zur Seltenheit der Formen kommt hinzu, dass der Großteil davon (ca. 80%) morphologisch voll transparent ist, d. h. die maskuline Form ist vollständig ausgeformt und das *\*in*-Suffix (vgl. Völkening 2022) wird angehängt. Das betrifft v.a. Formen, die auf Maskulina mit der Endung *-er* basieren, wie die oben bereits erwähnten *Bürger\*innen*, *Besucher\*innen* und *Schüler\*innen*. Weitere 16% der Formen enthalten zwar keine ‚vollwertigen‘ Maskulina, dafür aber die morphologisch korrekte Ableitungsbasis (z. B. *Ärzt\*innen*, *Kolleg\*innen*). Schwierigkeiten bei der Dekodierung oder eine eingeschränkte Lesbarkeit sind in beiden Fällen nicht unbedingt zu erwarten, wenn wir annehmen, dass auch andere Wortbildungsprodukte mit diesen Basen leicht zugänglich bzw. verständlich sind (z. B. *Bürgermeister*, *Besuchertag* oder *ärztlich*, *kollegial*, usw.). Nur bei ca. 4% der Formen handelt es sich um Ausnahmen, die unserer Ansicht nach ungrammatisch sind, z. B. wenn in anderen Kasus die vollständige maskuline Form beibehalten und dann ein Gendersuffix angehängt wird (z. B. beim Dativ *den Anwohnern\*innen* oder beim Genitiv *Dolmetschers/-in*). Dies sind Formen, die auch in keinem linguistisch fundierten Leitfaden für genderinklusive Sprache empfohlen werden (z. B. Diewald/Steinhauer 2022).

Halten wir fest: Wortformen mit Genderzeichen sind auf den Webseiten der Stadt Hamburg selten, verteilen sich auf wenige unterschiedliche Types und sind nur auf bestimmten Unterseiten vermehrt anzutreffen. Außerdem sind die gefundenen Wortformen mit Genderzeichen zum größten Teil morphologisch transparent. Gerade im Hinblick auf die Verständlichkeit der Formen sind die Argumente der Initiative damit kaum stichhaltig, gerade auch vor dem Hintergrund, dass es andere Aspekte verständlicher oder bürgernahe Sprache gibt, die man in den Blick nehmen könnte. So finden wir auf den Webseiten beispielsweise 4.734 Wörter, die nur ein einziges Mal vorkommen und mehr als 25 Buchstaben enthalten. Das längste Kompositum *Kinderbetreuungsgesetz-Schiedsstellenverordnung* umfasst 47

Buchstaben und insgesamt 15 Morpheme. Dass die Dekodierung langer Komposita eine Herausforderung darstellen kann, v. a. für Menschen mit Lese- und Rechtschreibproblemen oder geistigen Behinderungen, ist in der Forschung bekannt (vgl. Deilen 2022). Die Forderung nach verständlicher, bürgernaher Sprache könnte also auch an ganz anderen Punkten ansetzen, z. B. an Komposita. Viele Webseiten, insbesondere von öffentlichen Stellen, stellen zu diesem Zweck mittlerweile Seiten in Leichter Sprache zur Verfügung, in denen Komposita optisch gegliedert sind (so z. B. auch die Stadt Hamburg unter „barrierefrei“), z. B. durch Leerzeichen (*Freizeit Angebote*) oder Bindestriche (*Internet-Seiten, Einwohner-Angelegenheiten*). Auf der Hamburg-Seite in Leichter Sprache finden sich außerdem auch keine Formen mit Genderzeichen. Insgesamt sind dort nominale Personenbezeichnungen selten und oft auf geschlechtsneutrale Formen wie *Menschen, Kinder* oder *Familienbeschränkt*. Stattdessen wird mit pronominalen Formen gearbeitet, insbesondere in der direkten Anrede mit *Sie*. Warum sollte man nun also die Prinzipien Leichter Sprache bei genderinklusive Sprache auf die Standardsprache übertragen (also Genderzeichen vermeiden), dies bei anderen sprachlichen Phänomenen aber nicht tun (z. B. bei Komposita keine optische Gliederung einführen)?

Dass die Wahl bei der Volksinitiative auf Genderzeichen fällt, ist daher sicherlich kein Zufall und lässt sich vermutlich eher mit außersprachlichen Faktoren begründen. Unsere Daten sprechen dafür, dass die Motivation für die „Hamburger Volksinitiative“ gegen die Verwendung genderinklusive Sprache bei öffentlichen Stellen weniger in den tatsächlichen Herausforderungen der Verwendung und der Verständlichkeit liegen, sondern eine grundlegende ideologische Auseinandersetzung konstruiert und gestartet wird (vgl. dazu auch Daub 2022). Die Hauptinitiatorin Sabine Mertens, Vorstandsmitglied im Verein Deutsche Sprache und dort Leiterin der *AG Gendersprache*, hat das in einem Interview so auch kommuniziert. Das Hamburger Abendblatt berichtet, dass es für Mertens bei der Debatte um genderinklusive Sprache „um weit mehr als um die Sprache“ gehe. Die Verwendung genderinklusive Sprache sei eine „PR-Maßnahme der LGBTQ-Bewegung“. Sie fügt in dem Interview hinzu, dass es aus ihrer Sicht eine Tatsache sei, „dass sich normalerweise Männer und Frauen zum anderen Geschlecht hingezogen fühlen“ und wird wörtlich zitiert mit: „Wenn wir jetzt alle schwul, lesbisch und trans werden sollen, dann ist die Evolution zu Ende.“ (Hamburger Abendblatt vom 7.2.2023, NDR) Von diesen Äußerungen haben sich alle demokratischen Parteien in Hamburg zwar distanziert, die auf der Basis dieser Initiative gesammelten Unterschriften wurden aber trotzdem von der Hamburger CDU offiziell mit übergeben. Dass demokratische Parteien sich für eine solche Art von Sprachverboten einsetzen und nicht für gegenseitige Toleranz, die man in einer pluralistischen Gesellschaft erwarten können sollte (vgl. eine Pressemitteilung des IDS zu diesem Thema), ist die eigentlich beunruhigende Nachricht. Denn wie oben gezeigt wurde: Es gibt weder empirische Evidenz über erschwerte Verständlichkeit, noch zeigen die von uns analysierten Daten eine solche Häufung genderinklusive Formen, dass tiefgreifende Effekte zu erwarten sind. Außerdem ist das Ziel der Initiative gerade keine Toleranz. Die Stadt Hamburg schreibt an keiner Stelle die Verwendung genderinklusive Sprache vor, wie die Zweite Bürgermeisterin und Gleichstellungssenatorin der Hansestadt, Katharina Fegebank, deren Behörde für die Umsetzung genderinklusive Sprache in der Verwaltung zuständig ist, betont: „In Hamburg ist weder in der Verwaltung noch in der Schule oder an der Uni die Gendersprache

vorgeschrieben. Es muss aber möglich sein, sie zu benutzen.“ [LINK] Den Initiator\*innen geht es also nicht darum, gegen ein Gendergebot vorzugehen, sondern die Verwendung genderinklusive Sprache zu untersagen, ähnlich wie bei den aktuellen (bzw. geplanten) Genderverboten in einigen Bundesländern (z. B. in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Bayern und Hessen, siehe hierzu eine Erklärung von 900 hessischen Wissenschaftler\*innen).

Auch speziell für Lernende gibt es keine empirische Evidenz, die belegt, dass das Erlernen des Deutschen von Formen mit Genderzeichen systematisch erschwert wird. Peuschel (2022) stellt beispielsweise heraus, dass das Rahmencurriculum für Integrationskurse Deutsch als Zweitsprache „potenzielle Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Herkunftsland und Zielland hinsichtlich der rechtlichen und gesellschaftlichen Stellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und Intersexuellen (LGBTI), z. B. in Bezug auf gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ als Thema vorsehen und dass ohne „die explizite oder implizite Verwendung von gendergerechter Sprache [...] diese Themen in einem Sprachkurs kaum angemessen bearbeitet werden“ können (Peuschel 2022: 52). D.h. Formen mit Genderzeichen können zum Ausdruck von Identität beitragen, sie sind nicht losgelöst von unserem Demokratieverständnis zu betrachten. Wie abstrus es vor diesem Hintergrund ist, dass öffentlichen Behörden oder Schulen die Verwendung genderinklusive Sprache verboten werden soll, wird hoffentlich in den künftigen Monaten zu einigen der politischen Akteur\*innen durchdringen.

## Literatur

Barbaresi, Adrien (2021): adbar/trafilatura: trafilatura-0.8.2. <https://doi.org/10.5281/ZENODO.3460969> (27.11.2023).

Blake, Christopher/Klimmt, Christoph (2010): Geschlechtergerechte Formulierungen in Nachrichtentexten. *Publizistik* 55(3), S. 289–304. <https://doi.org/10.1007/s11616-010-0093-2>.

Daub, Adrian (2022): *Cancel Culture Transfer: Wie eine moralische Panik die Welt erfasst*. Originalausgabe edition. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Deilen, Silvana (2022): *Optische Gliederung von Komposita in Leichter Sprache: Blickbewegungsstudien zum Einfluss visueller, morphologischer und semantischer Faktoren auf die Verarbeitung deutscher Substantivkomposita*. Berlin: Frank & Timme. (= Easy-plain-accessible vol. 11).

Diewald, Gabriele (2018): Zur Diskussion: Geschlechtergerechte Sprache als Thema der germanistischen Linguistik – exemplarisch exerziert am Streit um das sogenannte generische Maskulinum. *Zeitschrift für germanistische Linguistik* 46(2), S. 283–299. <https://doi.org/10.1515/zgl-2018-0016>.

Diewald, Gabriele/Steinhauer, Anja (2022): *Handbuch geschlechtergerechte Sprache: Wie Sie angemessen und verständlich gendern*. 2. Auflage. Berlin: Duden.

Feilke, Helmuth (2023): *Gendern mit Grips statt Schreiben in Gips. Praktische Argumente für ein flexibles Gendern*. [https://www.friedrich-verlag.de/fileadmin/fachwelten/deutsch/blog-downloads/Gendern\\_Essay-Fassung.pdf](https://www.friedrich-verlag.de/fileadmin/fachwelten/deutsch/blog-downloads/Gendern_Essay-Fassung.pdf) (16.1.2023).

Friedrich, Marcus C. G./Heise, Elke (2019): Does the Use of Gender-Fair Language Influence the Comprehensibility of Texts? *Swiss Journal of Psychology* 78(1–2), S. 51–60. <https://doi.org/10.1024/1421-0185/a000223>.

Lischewski, Isabel (2023): *Kulturkampf macht Schule*. Verfassungsblog. <https://verfassungsblog.de/kulturkampf-macht-schule/> (27.7.2023).

Löhr, Ronja A. (2021): Gendergerechte Personenbezeichnungen 2.0. Wie nichtbinäre Personen den Genderstern und andere Bezeichnungsvarianten beurteilen. *Muttersprache* 131(2), S. 172–181. <https://doi.org/10.53371/60206>.

Pabst, Laura M./Kollmayer, Marlene (2023): How to make a difference: The impact of gender-fair language on text comprehensibility amongst adults with and without an academic background. In: *Front. Psychol. Sec. Gender, Sex and Sexualities* 14. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2023.1234860>.

Peuschel, Kristina (2022): Gendergerechte Sprache aus der Perspektive des Lehrens und Lernens. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5–7, S. 49–54.

Rüdiger, Jan Oliver (2023): *CorpusExplorer*. Düsseldorf. <http://corpusexplorer.de>.

Schlücker, Barbara (2012): Die deutsche Kompositionsfreudigkeit. Übersicht und Einführung. In: *Das Deutsche als kompositionsfreudige Sprache*. De Gruyter. S. 1–26. <https://doi.org/10.1515/9783110278439.1>.

Schmid, Helmut (2017): TreeTagger. <https://www.cis.lmu.de/~schmid/tools/TreeTagger/> (27.11.2023).

Völkening, Lena (2022): Ist Gendern mit Glottisverschlusslaut ungrammatisch? Ein Analysevorschlagn für das Suffix [ʔin] als phonologisches Wort. *Zeitschrift für Wortbildung / Journal of Word Formation* 6(1), S. 58–80. <https://doi.org/10.3726/zwjw.2022.01.02>.

Waldendorf, Anica (2023): Words of change: The increase of gender-inclusive language in German media. *European Sociological Review* S. 1–19. <https://doi.org/10.1093/esr/jcad044>.